



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 23.05.2023

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar

Frensch, Kristin

Gegenheimer, Thomas

Gutgesell, Andreas

Herb, Artur

Hörter, Frank

Konstandin, Angelika

Lüthje-Lenhart, Monika

Möller, Eva

Rahn, Klaus-Helimar, Dr.

Rendes, Markus

Ringwald, Markus

Roßwag, Ulrich, Dr.

Rothweiler, Edelbert

Rothweiler, Sonja

Schaier, Barbara

Vogel, Roland, Dr.

Vortisch, Volker Hans - Teilnahme bis 19:30 Uhr TOP Ö 3

Schriftführerin:

Riegel, Sarah

Verwaltung:

Bauer, Christian

Dickemann, Niklas

Kauter-Eby, Thomas

Müller, Rüdiger

Pöschl, Marcus

Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

Klinkott, Christoph - zu TOP Ö 2 (Erweiterung Schülerhort Söllingen)

Watteroth, Ragnar - zu TOP Ö 3 (Glasfaserausbau Pfinztal)

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard



Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Hruschka, Andreas - entschuldigt -
Nickles, Helmut - entschuldigt
Reeb, Tilo - entschuldigt
Schwarz, Simon - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 15.05.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 17.05.2023.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Markus Rendes
Gemeinderat Edelbert Rothweiler



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Schülerbetreuung **BV/122/2022/2**
Erweiterung Schülerhort Söllingen
- Beratung und Beschlussfassung
3. Glasfaserausbau Pfinztal **BV/221/2023**
- Sachstandsbericht
Kooperationsvereinbarung zwischen Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, BLK GmbH des Landkreises Karlsruhe und der Gemeinde Pfinztal
- Beratung und Beschlussfassung
4. Schöffenwahl im Jahre 2023 für die Geschäftsjahre 2024 - 2028 **BV/181/2023**
- Aufstellung einer Vorschlagsliste durch die Gemeinde
- Beratung und Beschlussfassung
5. Information zum Umgang mit Anfragen hinsichtlich der Entfernung oder des Rückschnitts von kommunalen Bäumen im Zusammenhang mit der Errichtung von PV-Anlagen **BV/219/2023**
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Bürger äußert zum TOP Ö5 der heutigen Sitzung, dass erneuerbare Energien Vorrang gegenüber dem Baumschutz hätten.

2. Schülerbetreuung Erweiterung Schülerhort Söllingen - Beratung und Beschlussfassung

Amtsleiter Sturm stellt den Tagesordnungspunkt vor. Bereits in der Ausschusssitzung am 13.12.2022 hätte man sich für die Erweiterung des Schülerhorts Söllingen entschieden und überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 200.000 € genehmigt. Heute gehe es um die Standortentscheidung und Größe.

Herr Klinkott des zuständigen Architekturbüros stellt den geplanten Standort für die Erweiterung auf dem Parkplatz der Rächle-Halle als Provisorium laut Sitzungsunterlagen vor. Aktuell befinde sich der Hort im Schulgebäude, die Räumlichkeiten seien dafür jedoch nicht geeignet. Außerdem würde diese Räumlichkeiten zukünftig für den Schulbetrieb benötigt werden. Der geplante Provisoriumsstandort auf dem Parkplatz sei geeignet, da er einen idealen Zugang hätte und man die Heizungsanlage sowie Abwasser und Wasser der Rächle-Halle nutzen könne. Es würde sich dabei um eine Container-Variante auf Mietbasis handeln. Es diene zur Überbrückung, bis der Neubau des Horts auf dem Schulhof der Grundschule (Übersichtsplan in den Sitzungsunterlagen) fertiggestellt sei. Dieser Standort sei ebenerdig gut erreichbar, von Vorteil für die Baustelle und nach Fertigstellung könne das Provisorium zurückgebaut werden. Außerdem wäre in Zukunft noch Platz für einen eventuellen Kindergartenneubau.

Amtsleiter Sturm erklärt, das Problem sei, dass der untere Platz der Rächle-Halle von Vereinen genutzt werde. Es gebe aber keine Alternative für einen Provisoriumsstandort. Auf dem Schulhof würde man die Baustelle blockieren und andere Teile des Schulhofs würden für Schulsport genutzt werden.

Gemeinderätin Eisenbusch teilt mit, dass dem Hortneubau bereits im Dezember zugestimmt worden sei, die aktuelle Datenlage aber dürrtig sei. Man müsse anders planen, so dass man nicht spontan reagieren müsse. Der Standort für den Neubau könne nachvollzogen werden. Es solle schnell und kostengünstig sein, weshalb sie Variante 3 bevorzugen würden. Mit dieser Variante benötige man keine Interimslösung und es würde keine Probleme mit den Vereinen geben.

Herr Klinkott antwortet, dass entgegen der ursprünglichen Annahme, der Hort nun schon früher die neuen Räumlichkeiten benötige. Somit wäre bei jeder Variante eine Interimslösung notwendig, damit der Schulbetrieb normal stattfinden könne. Hintergrund sei, dass die Schule dreizügig geworden sei.

Amtsleiter Sturm erklärt, dass der Hortbedarfsplan Zahlen für 2023 / 2024 enthalten würde und man nun mit den Planungen fast ein dreiviertel Jahr weiter sei.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt äußert, dass die Fraktionen Die Grünen und Die Linke für Variante 1 stimmen werden, da es sich um die nachhaltigste Variante mit dem höchsten Qualitätsstandard handle. Die Interimslösung sei wie geplant in Ordnung, da es eine kurzfristige Lösung sei.



Gemeinderätin Frensch möchte wissen, ob das Emil-Frommel-Haus gekauft worden sei.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass es nicht gekauft worden, sondern nur das Kaufinteresse signalisiert worden sei. Man warte noch auf Gutachten.

Gemeinderätin Frensch sagt, dass man das Emil-Frommel-Haus als Option im Hinterkopf behalten solle. Die Container-Lösung sei nicht die qualitativste Lösung, es werde viel Geld für Unnötiges ausgegeben. Man solle sich in den neuen Räumlichkeiten wohlfühlen und sie sollten nachhaltig sein.

Gemeinderat Dr. Rahn ist unschlüssig, ob alles Vorgestellte tatsächlich benötigt werde. Man brauche noch detailliertere Zahlenangaben. Seiner Meinung nach sei noch Platz im Schulgebäude. Die ansteigenden Schülerzahlen seien teilweise auf die Flüchtlingszuströme zurückzuführen, welche nach Kriegsende wieder sinken würden. Auch bezweifle er, ob man die Dreizügigkeit auf Dauer halten werde. Er wolle heute nur über das Provisorium beschließen. Über die Varianten des Neubaus und auch über die Einbeziehung des Emil-Frommel-Hauses müsse nochmal nachgedacht werden. Er fände es schade, wenn die Freifläche hinter der Schule zugebaut werde.

Gemeinderat Ringwald stimmt seinen Vorrednern zu. Man müsse aber auf die Zahlen der Verwaltung vertrauen. Er möchte wissen, wie lange die Bauzeit für den Neubau wäre und wie lange die Interimslösung genutzt werden würde. Der Verkehrsübungsplatz auf dem Parkplatz sei für Kinder auch wichtig. Außerdem fragt er nach einer Ausgleichsfläche für die Vereine. Sie würden Variante 2 oder 3 bevorzugen. Container seien keine Lösung. Zuletzt möchte er wissen, was die Gemeinde an Zuschüssen erhalten würde.

Amtsleiter Sturm beruft sich bezüglich der Zahlen auf den aktuellen Hortbedarfsplan. Die Anmeldungen würden jährlich steigen und es sei aktuell schwierig, alles bedient zu bekommen.

Gemeinderat Hörter möchte wissen, ob es auch möglich sei, ein Provisorium auf dem Schulhof zu stellen.

Herr Klinkott antwortet, dass der Provisoriumsstandort aufgrund der guten Zufahrt auf den Platz gewählt worden sei. Auf dem Schulhof wäre dies schwieriger, auch hätte man eine schlechte Anbindung an eine Erschließung. Man müsste den Schulhof neu anbinden was mehr Zeit und Geld kosten würde. Die Erschließung sei auf dem Parkplatz der Räumle-Halle bereits vorhanden. Außerdem hätte auch die Schule Anspruch auf eine gewisse Außenfläche. Es sei kein anderer Standort möglich.

Gemeinderätin Lühje-Lehnart möchte der Aussage von Herrn Dr. Rahn widersprechen. Die Grundschule hätte einen extrem hohen Bedarf an Fachräumen, diese seien unverzichtbar. Für Kinder würde Qualität zählen. Heutzutage würden viele Frauen arbeiten, der Betreuungsbedarf würde auch unabhängig von geflüchteten Familien steigen. Das Provisorium dürfe aber kein Dauerzustand werden.

Gemeinderat Rothweiler erklärt, die Planung sei ein typisches Ergebnis von einer Fehlentwicklung. Die Baulandausweisung sei ein Fehler gewesen. Wenn man Bauland ausweist, würden automatisch mehr Kinder zuziehen. Man könne nicht sagen, man hätte es nicht gewusst. Die Kosten für den Hort und die Kindergärten seien selbst produziert. Eine Lösung müsse schnellstmöglich her und die Entscheidung heute getroffen werden.



Bürgermeisterin Bodner sagt, dass die Verjüngung der Gesellschaft gewollt war. Pflichtaufgabe sei es nun, Plätze zur Verfügung zu stellen.

Gemeinderätin Eisenbusch meint, dass ihr nach den Erläuterungen nun klar sei, weshalb ein Provisorium benötigt werde. Sie stimme Herrn Dr. Rahn zu, heute über das Provisorium und in einer nächsten Sitzung über die Variante abstimmen zu wollen. Das Emil-Frommel-Haus würde sich hervorragend eignen. Man sehe die langfristige Entwicklung, dass sowohl Schulen als auch Hort mehr Platz benötigen. Der Neubau sei eine dauerhafte Entscheidung, die man gut überlegen müsse.

Gemeinderätin Frensch äußert, dass man sich auf den Parkplatz einigen könne. Das einzige Fest darauf sei das Gartenfest der TG, wofür man eine Lösung finden könne.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass noch weitere außer der TG betroffen seien, wie z.B. der Mittagstisch, der Verkehrsübungsplatz und die Anlieferung zur Küche.

Amtsleiter Sturm erklärt, der Provisoriumsstandort hätte Vor- und Nachteile. Man müsse abwägen, es sei eine schwierige Entscheidung, aber man könne es nicht allen recht machen.

Gemeinderat Ringwald sagt, dass alles für den Platz hinter der Räuchle-Halle sprechen würde, auch aus Kostengründen. Man solle aber Möglichkeiten für die Vereine finden. Die Nutzung des Emil-Frommel-Hauses sei noch zu unsicher.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart stimmt Gemeinderat Ringwald zu. Von Herrn Kauter-Eby möchte sie wissen, ob die Gefahr bestehe, dass die Interimszeit verlängert werden würde und wie der Zeitplan sei. Auch möchte sie seine Einschätzung zum Emil-Frommel-Haus.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass die Kirche noch entscheiden müsse, ob sie tatsächlich verkaufen möchte. Außerdem müsse man noch das Gutachten abwarten. Sie hoffe auf Antworten noch vor den Haushaltsberatungen.

Amtsleiter Kauter-Eby sagt, er könne zum Emil-Frommel-Haus nicht viel sagen. Die Interimslösung sei provisorisch, also müsse man auch mit dem Neubau zeitnah beginnen. Aufgrund der Ausschreibung und den Fristen werde es aber dennoch lange dauern.

Gemeinderat Dr. Roßwag trägt bei, dass die Zwischenlösung umgesetzt werden müsse. Alle Möglichkeiten zur Verkürzung der Interimszeit müssten ausgeschöpft werden. Er fragt, ob ein Verzicht auf eine EU-weite Ausschreibung möglich wäre.

Gemeinderat Rendes erklärt, man brauche eine schnelle Entscheidung, auch in welche Richtung es gehe. Das Emil-Frommel-Haus sei erstmal nicht relevant, dies könne noch Jahre dauern. Der nächste Schritt müsse gegangen werden, es werde wohl auf den Platz der Räuchle-Halle herauslaufen. Man solle aber zumindest mit den Vereinen sprechen und eine Lösung finden.

Gemeinderat Hörter möchte wissen, in welcher Höhe man Zuschüsse erwarten könne.

Amtsleiter Sturm antwortet, dass es bis zu 30 % bezuschusst werden könnte, dies müsste aber nochmal genauer geprüft werden.

Gemeinderätin Konstandin sagt, dass sie an diesem Abend nicht über eine Investitionssumme von 5 Mio. € entscheiden können, nur über das Provisorium.



Gemeinderat Dr. Vogel beantragt den Schluss der Debatte.

Amtsleiter Bauer erklärt, der Beschlussvorschlag würde sich in verschiedene Teile gliedern. Zuerst werde über das Provisorium abgestimmt, danach folge die Variantenentscheidung mit der Reihenfolge Variante 1, Variante 2, Variante 3. Variante 1 sei die weitestgehende. Wenn keine Variante die Mehrheit erhalten würde, müsse man über den Antrag von Herrn Dr. Rahn abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

1. **Das Hortprovisorium soll auf dem unteren Parkplatz der Räuchle-Halle gebaut werden.**

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

2. **Variantenentscheidung
Variante 1 auf dem Schulgelände an der im Plan dargestellten Stelle zu errichten**

Der Gemeinderat beschließt mit folgenden Abstimmungsergebnis Variante 1:

Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 2

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung der Architektenleistung zu veranlassen. Des weiteren werden die Kosten nach der vorliegenden Kostenschätzung für die beschlossene Variante aus Ziffer 2 in die zukünftigen Haushalte eingeplant.**

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgenden Abstimmungsergebnis zu:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1

3. **Glasfaserausbau Pfinztal
- Sachstandsbericht
Kooperationsvereinbarung zwischen Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, BLK GmbH des Landkreises Karlsruhe und der Gemeinde Pfinztal
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Watteroth des Landratsamts Karlsruhe und die Vertreter der Deutsche Glasfaser, welche den möglichen Breitbandausbau in Pfinztal vorstellen.

Die Präsentation der Deutsche Glasfaser befindet sich als Anlage 1 in den Sitzungunterlagen.

Gemeinderat Dr. Vogel möchte wissen, ob sich die Nachfragebündelung von ca. 33 % auf jedes einzelne Polygon oder auf gesamt Pfinztal beziehe.



Ein Vertreter der Deutsche Glasfaser antwortet, dass sich die benötigten 33 % auf gesamt Pfinztal beziehen würden.

Gemeinderätin Eisenbusch bedankt sich für den Vortrag und fragt, ob bestehende Verträge bei Vertragsabschluss mit der Deutsche Glasfaser gekündigt werden müssten.

Ein Vertreter der Deutsche Glasfaser antwortet, dass die Deutsche Glasfaser die Kündigung bestehender Verträge übernehmen würde. In den ersten zwei Jahren bestehe ein Vertrag mit der Deutsche Glasfaser.

Gemeinderätin Eisenbusch erkundigt sich, ob der Vertrieb an der Haustüre erfolgen würde.

Ein Vertreter der Deutsche Glasfaser bejaht die Frage und erklärt, dass der Vertrieb anders nicht möglich sei.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhard bedankt sich für die Antworten. Sie sagt, es gebe Service-Points, an die sich Bürger:innen bei Unzufriedenheit wenden könnten. Die Information sowie die Art und Weise der Werbung sei entscheidend. Werbung solle informativ und nicht aggressiv sein.

Gemeinderätin Konstandin möchte wissen, ob man als Kunde der Deutsche Glasfaser einen Vorteil z.B. gegenüber Vodafone hätte.

Herr Watteroth erklärt, man müsse überlegen, ob man einen Glasfaseranschluss haben möchte, der rund um die Uhr funktioniert oder ob man eine Bandbreite möchte, die abbricht, weil sie von vielen gleichzeitig genutzt werde. Über die Vor- und Nachteile müsse jede Privatperson selbst entscheiden. Gewerbebetreibende müssen sich z.B. auf die Bandbreite verlassen können. Diese fordern eine andere Infrastruktur. Die Glasfasertechnik sei die Zukunft.

Bürgermeisterin Bodner äußert, es gehe in der heutigen Sitzung um die Kenntnisnahme. Auch solle beschlossen werden, die Verwaltung mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags zu beauftragen.

Herr Watteroth ergänzt, dass in den umliegenden Gemeinden wie z.B. Oberderdingen, Rheinstetten, Albtal, Ettlingen und Walzbachtal fast flächendeckend ebenfalls entsprechende Schritte eingeleitet worden seien.

Beschluss:

Der Gemeinderat

- 1. nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.**
- 2. Beauftragt und ermächtigt die Verwaltung, mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH den beigefügten Kooperationsvertrag (Anlage 2), unter Einbeziehung des „Side-letters“ zwischen der BLK GmbH des Landkreises Karlsruhe und der DG, zu unterzeichnen.**

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu.



- 4. Schöffenwahl im Jahre 2023 für die Geschäftsjahre 2024 - 2028**
- Aufstellung einer Vorschlagsliste durch die Gemeinde
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss ohne Aussprache:

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme der vorgeschlagenen Personen in die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen ohne vorherige Diskussion einstimmig.

- 5. Information zum Umgang mit Anfragen hinsichtlich der Entfernung oder des Rückschnitts von kommunalen Bäumen im Zusammenhang mit der Errichtung von PV-Anlagen**

Amtsleiter Kauter-Eby stellt den Tagesordnungspunkt laut Sitzungsunterlagen vor und erklärt, dass das Thema auf alle Städte und Kommunen zukommen würde. Vorhandene Bäume im Siedlungsbereich seien oft so positioniert, dass sie eine Teilbeschattung von PV-Anlagen verursachen und diese ggf. unrentabel machen würden. Die Gesetzesänderung EEG sei die Grundlage für das weitere Handeln in solchen Situationen. Die Stellungnahme der Gemeinde beinhalte, dass bei allen zukünftig gewählten Baumstandorten und Grünanlagen darauf geachtet werden solle, dass eine Beschattung von geeigneten Dächern für PV-Anlagen vermieden werde. Bestandsbäume hätten Konfliktpotential. Diese Bäume seien nachbarschaftsrechtlich geschützt und würden Bestandsschutz genießen. Dies bedeutet, dass Bäume im Gemeindegebiet ausschließlich aus Gründen der Baumgesundheit und Sicherheit im Straßenverkehr geschnitten werden dürften. Man müsse sich aber auf Konfliktfälle vorbereiten. Bei Anfragen zur Unverträglichkeit werde zukünftig geprüft, ob der Baum ordnungsgemäß, z.B. nach Nachbarschaftsgesetz, stehe. Auch werden der Pflegezustand und ggf. die Situation vor Ort geprüft. Aufgrund der noch nicht vorhandenen Rechtsprechung sei es möglich, dass es zu Problemen kommen werde, evtl. kommen Klagen auf die Gemeinde zu. Der Ausbau von PV-Anlagen werde aber absolut befürwortet.

Bürgermeisterin Bodner ergänzt, dass es nicht einfach sei, allen immer gerecht zu werden. Manchmal müsse vielleicht ein Baum gefällt werden. Eine Grundsatzlösung sei schwierig, da es keinen einzigen richtigen Weg gebe. Man müsse Einzelfallentscheidungen treffen, da es ein komplexes Thema sei.

Gemeinderat Hörter sagt, es gebe zwar den Bestandsschutz für Bäume, man könne sie aber auch stutzen und müsse nicht gleich fällen. Es gebe z.B. viele Beschwerden über die Baumpflanzaktionen in der Lessingstraße in Söllingen. Die Bäume seien weniger als 2 Meter von den Häusern entfernt und die Baumhöhe teilweise 10 Meter. Außerdem würden die Blätter oft in die Dachrinnen der Häuser fallen. Ein Kompromiss wäre, die Bäume zu stutzen und sie nicht zu fällen. In Zukunft solle darauf geachtet werden, dass Bäume gepflanzt werden, die nicht zu hoch sind und auch gepflegt werden. Man solle dem Bürger entgegenkommen.

Bürgermeisterin Bodner trägt bei, es gebe vielfältige Meinungen. Es sei ein komplexes Thema und die Verwaltung scheue sich nicht vor Arbeit. Man wolle den Gemeinderat heute informieren.

Gemeinderat Dr. Roßwag erachtet die Situation für unglücklich. Jede:r hätte das Recht auf eine PV-Anlage, die Voraussetzungen müssten aber immer stimmen. Man müsse im Einzelfall entscheiden.



Bürgermeisterin Bodner sagt, es müsse immer abgewogen werden. Auch auf Baumgutachten solle Acht genommen werden, worin stehen könne, dass Bäume z.B. sterben, wenn sie heruntergeschnitten werden. Es müsse immer abgewogen werden.

Gemeinderat Dr. Roßwag meint, dass ein Baum ein Lebensrecht hätte, wenn er gepflanzt worden sei.

Gemeinderätin Frensch erklärt, dass im Einzelfall entschieden werden solle und auch Fachleute, welche sich mit Bäume auskennen, hinzugezogen werden müssten. Sie stimmt Gemeinderat Hörter zu, dass die Bäume in der Lessingstraße geschnitten und gepflegt werden sollten, diese seien sehr hoch.

Gemeinderat Dr. Rahn findet die Vorlage ausgewogen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Keine Mitteilungen der Bürgermeisterin an das Gremium.

7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Keine Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium.

8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Bürger stellt sich als Bewohner der Lessingstraße in Söllingen vor und äußert, dass die Bäume entlang der Straße über 10 Meter hoch seien. Es gehe den Anwohnern nicht um das Fällen, sondern um das Zurückschneiden.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schritfführung

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat
Markus Rendes

Sarah Riegel

Gemeinderat
Edelbert Rothweiler